



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 146. Ratssitzung vom 25. Juni 2025

4762. 2025/105

Weisung vom 19.03.2025:

Finanzverwaltung, Jahresrechnung 2024, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Jahresrechnung 2024 der Stadt Zürich wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): Die Rechnung 2024 endete mit einem Überschuss von 585,6 Millionen Franken bei einem Aufwand von 10,65 Milliarden Franken. Beeinflusst hat dieses Ergebnis u. a. die Budgetierung von 200 Millionen Franken für die Versorger-tax, die wir vom Kanton Zürich zurückerhalten. Mit der Budgetierung lagen wir rund 68 Millionen Franken zu tief. Die Steuereinnahmen fielen gegenüber dem Vorjahr leicht tiefer aus. Bei den Investitionen ins Verwaltungsvermögen haben wir im Jahr 2024 einen Selbstfinanzierungsgrad von 105,6 Prozent im Gegensatz zu den 99,8 Prozent vom Vorjahr 2023. In der Bilanz beträgt das Eigenkapital der Stadt 8,13 Milliarden Franken, wovon 2,86 Milliarden Franken zweckfreies Eigenkapital sind. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) möchte den Punkt des Eigenfinanzierungsgrads hervorheben. Der Gemeinderat hat auf den 1. Januar 2022 die Gebühren bei Abfall und Abwasser aufgrund der Parlamentarischen Untersuchungskommission Entsorgung + Recycling Zürich (PUK ERZ) gesenkt, sodass die Reserven in diesen Bereichen abgebaut werden können. Darum weisen beide Bereiche bewusst einen zu tiefen Selbstfinanzierungsgrad auf. Wenn diese zwei herausgerechnet werden, beträgt der Eigenfinanzierungsgrad 124,2 Prozent. Unsere Investitionen sind also möglich. Die Verkehrsbetriebe (VBZ) haben einen Verlust von 15,4 Millionen Franken eingefahren. Die Gründe dafür sind die Kürzung des Leistungsentgelts des Zürcher Verkehrsverbands (ZVV) sowie ausserordentliche Abschreibungen. Die RPK stört sich weniger am Verlust, sondern dass wir als Stadt Zürich am Schluss des Jahres vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Das passiert wegen des engen Konzepts, das uns der Kanton vorgibt. Wir können die strategische Ausrichtung der VBZ nur begrenzt mitbestimmen und auf Abweichungen reagieren. Die RPK würde es begrüßen, wenn eine Überarbeitung des Finanzierungssystems des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) des Kantons Zürich in Betracht gezogen würde, sodass man als Stadt eine zuverlässige Budgetierung und Geschäftstätigkeit im geschlossenen



Rechnungskreis ermöglichen kann. Ebenso prüfen wir das Risikomanagement des «Clusters Energie» des Elektrizitätswerks (ewz). Aufgrund der Unterlagen geht die RPK davon aus, dass es keinen Grund zur Annahme gibt, dass das ewz nicht vertretbare Risiken einginge. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Energiemarkt volatil bleibt. Innerhalb der RPK ist man sich uneinig, wie diese Risiken zu gewichten sind, jedoch liegen die Unsicherheiten im vertretbaren Rahmen. Mit dem vorliegenden Rechnungsabschluss steigt das zweckfreie Eigenkapital. Gleichzeitig haben sich die langfristigen Finanzverbindlichkeiten signifikant erhöht. Es ist aber schwierig vorauszusehen, wie sich das Zinsumfeld entwickelt. Die Mehrheit der RPK empfiehlt, der Rechnung zuzustimmen, da das Geld so ausgegeben wurde, wie es die Ratsmehrheit bestimmt hat.

Kommissionsminderheit:

Pärparim Avdili (FDP): Die Kommissionsminderheit, bestehend aus FDP und SVP, beantragt die Ablehnung der Rechnung. Die Rechnung wurde buchhalterisch sauber geführt, doch die FDP steht nicht hinter den politischen Inhalten, die in ihr enthalten sind. Die Rechnung schießt ein weiteres Mal weit über den budgetierten Betrag hinaus, verzeichnet aber auch ein Ausgabenwachstum. Besonders letzteres entspricht nicht der Verantwortung, die wir wahrnehmen müssen. Der Staat wächst, während die Privatwirtschaft mit Herausforderungen kämpft. Diese Dynamik ist nicht nachhaltig und gefährdet die Zukunft unserer Stadt und der Generationen, die den Schuldenberg zurückzahlen müssen. Es wird eine Konkurrenz zur Privatwirtschaft geschaffen, was absurd ist. Es kann nicht sein, dass die Stadt ihre Personallücken mit einem stetigen Wachstum an Steuergeldern finanziert – auf Kosten der Unternehmer, die in diesem Konkurrenzkampf das Nachsehen haben. Ein aktuelles Beispiel ist das Reinigungspersonal. Das schadet der Wirtschaft und dem Standort Zürich langfristig. Zudem haben wir ein Problem mit dem Investitionsverhalten der Stadt, insbesondere beim Wohnraum. Einerseits wird bestehender Wohnraum für teures Geld aufgekauft und andererseits Steuergeld in Form von Abschreibungen eingesetzt, wovon nur wenige Leute profitieren. So wird das Wohnproblem nicht gelöst, weil der dringend benötigte Wohnraum aktiv verhindert wird. Diese teure, ineffiziente und nicht lösungsorientierte Wohnraumpolitik können wir nicht mittragen, da sie den Wohnungsmarkt weiter verschärft. Ein weiterer Punkt, der die FDP davon abhält, die Rechnung anzunehmen, ist die Steuersenkung. Die Überschüsse der letzten Jahre haben gezeigt, dass es eine strukturelle Überbesteuerung gibt. Eine Steuersenkung wäre frühzeitig nachhaltig möglich gewesen – auch ohne Versorgertaxe. Sie ist dringend notwendig, denn jeder zusätzliche Franken, der in der Stadt eingenommen wird, wird für die Blockade der Stadt eingesetzt und macht das Leben der Menschen schwieriger. Der Staat gehört nicht nur einer Mehrheit auf Zeit, sondern allen. Wer mit öffentlichem Geld umgeht, trägt eine Verantwortung über die Legislaturperiode hinaus. Die Rechnung steht für eine Masslosigkeit ohne Wirkung und mit Folgeschäden für unsere Nachkommen. Es braucht einen Politikwechsel, damit die Rechnung besser abschliesst. Bis dahin werden wir diesen Finanzhaushalt nicht mittragen.



Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Genau wie die FDP lehnen wir die Rechnung aus politischen Gründen ab. Die Fakten sind richtig, doch wir wollen verdeutlichen, dass wir diese horrenden Ausgaben nicht bestellt haben. Wir haben keinen Einnahmenüberschuss verzeichnet, sondern dem Steuerzahler Geld aus der Tasche gestohlen – statt, wie von uns gefordert, die Steuern zu senken. Dieser Gewinn wurde für allerlei Sonderwünsche verprasst und von diesem Rat für Klientelpolitik eingesetzt. Die links-grüne Politik hat die Bodenhaftung bei den Finanzen komplett verloren. Die Stadt ist überinvestiert. Es werden zu viele teure Gebäude und Schulhäuser realisiert, denn das fehlende Geld kann mit Steuermitteln einfach bezahlt werden. Seit der absoluten links-grünen Mehrheit haben die Ausgaben um 40 Prozent zugenommen. Das ist in allen sozialistischen Regierungen zu beobachten. Das veranlasst uns dazu, die Rechnung abzulehnen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Es ist erfreulich, dass die Rechnung 2024 positiv ausfiel und wir stimmen ihr zu. Wenn die Abweichungen, die zum Überschuss geführt haben, berücksichtigt werden, entspricht das Ergebnis weitgehend den Vorgaben des Budgets. Die budgetierten Personalkosten wurden unterschritten, weil 600 Stellen nicht besetzt werden konnten. Das war vorhersehbar, daher wurden vom Gemeinderat 20 Millionen Franken abgezogen. Dieser Betrag stellte sich als zu tief heraus. Die Stadt hat seit Jahren ähnlich viele unbesetzte Stellen, trotzdem nimmt die Anzahl der Beschäftigten in der Verwaltung stark zu. Im Jahr 2024 betrug die Zunahme 4,1 Prozent, wobei die Personalkosten um 5,3 Prozent stiegen. Das aktuelle Stellenwachstum übertrifft die Bevölkerungszunahme bei Weitem. Das muss sich aus Sicht der Fraktion Die Mitte/EVP ändern. Die Anzahl der Beschäftigten soll zukünftig prozentual höchstens gleich stark wie die Bevölkerung wachsen. Zusätzliche Dienstleistungen sollen durch verstärkte Digitalisierung und Effizienzgewinn personalneutral ermöglicht werden. Dank dem Rechnungsüberschuss konnte ein beträchtlicher Teil der hohen Investitionen ins Verwaltungs- und Finanzvermögen finanziert werden. Das Blatt hat sich jedoch gewendet. Nachdem die langfristigen Schulden der Jahre 2014 bis 2022 jedes Jahr kleiner wurden, stiegen sie in den letzten zwei Jahren wieder stark an – im Jahr 2024 um mehr als 1 Milliarde Franken. Entsprechend stieg die Zinslast. Bei den aktuellen Zinsen und dem Ranking von Zürich ist das kein grosses Problem, doch wenn die Fremdgelder weiter steigen und sich der Zinssatz ändert, könnte es eines werden. Viel Geld fliesst zurzeit in Schulbauten. Aufgrund stagnierender Schülerzahlen wird sich dieser Bedarf bald reduzieren. Andererseits steigert die Stadt zur Erreichung des Drittelsziels den Kauf von Wohnimmobilien. Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt das, findet jedoch, dass hier eine Plafonierung stattfinden sollte: Einerseits, um die Zunahme der Schulden zu bremsen und andererseits, um den Immobilienmarkt nicht weiter anzuheizen. Angesichts der beträchtlichen jährlichen Überschüsse stellt sich die Frage nach dem richtigen Steuerfuss, der unserer Meinung nach im nächsten Jahr moderat reduziert werden soll.

Florian Utz (SP): Die Zahlen zeigen, dass die Stadt Zürich finanziell kerngesund ist und nur schon deswegen stimmen wir der Rechnung zu. Es gab sowohl positive als auch



negative Einmaleffekte, die zu diesem Ergebnis führten. Nicht nur die Rechnung ist hervorragend, sondern auch die Bilanzqualität. Ende des letzten Jahres hatten wir eine halbe Milliarde Franken mehr Eigenkapital als zu Beginn. Die Passivseite wurde zwar ebenfalls grösser, aber die Aktivseite um einen grösseren Faktor. Das ist nicht meine Wertung, sondern die der Investoren. Der Kurs der Obligationen, die die Stadt ausstehend hat, stieg im letzten Jahr deutlich. Das bedeutet, dass Investoren bereit sind, der Stadt für tiefere Zinsen Geld zu leihen und dafür sogar Schlange stehen. Dem Mittelstand geht es finanziell leider nicht besser. Das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger wird immer mehr belastet, u. a. wegen den steigenden Mieten, Krankenkassenprämien und Kosten für den Öffentlichen Verkehr (ÖV). Bei diesen Punkten müssen wir ansetzen und unseren Spielraum nutzen, um den Mittelstand zu entlasten.

Tanja Maag (AL): *Es war keine Überraschung, dass der budgetierte Aufwandüberschuss von 16 Millionen Franken weit übertroffen wurde. Ein Überschuss von 500 Millionen Franken kann nicht unkommentiert bleiben. Darum äussere ich mich zu den Positionen, die zu diesem Gewinn führten: Die Steuererträge, die kantonalen Rückzahlungen der Versorgertaxe und die Flughafenaktie. Bei den Steuererträgen ist die Prognose nicht immer einfach. Trotzdem schreien die Bürgerlichen weiter nach einer pessimistischeren Budgetierung. Rückblickend finde ich gut, dass eine Gemeinderatsmehrheit per Budgetantrag einen Betrag für die erwarteten kantonalen Rückzahlungen zur Versorgertaxe einstellte. Dieser Betrag machte die Prognose des Rechnungsabschlusses ein wenig genauer. Ansonsten wäre der Überschuss noch höher gewesen. Im Jahr 2024 hat die Kursentwicklung der Flughafenaktie besonders eingeschränkt. Das wird sich zukünftig ändern, da die Flughafenbeteiligung im Verwaltungsvermögen platziert wird und damit weniger Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung hat. Der Blick in die Zukunft zeigt: Sofern der Kanton mit seinen Steuerrabattgelüsten keinen Strich durch zukünftige Rechnungen macht, befindet sich die Stadt in einer äusserst komfortablen Lage. Der Kennwert der Selbstfinanzierung ist ausserordentlich hoch. Das bedeutet, dass die Stadt in der Lage ist, einen grossen Teil ihrer Investitionen selbst zu tragen. Das wird sich zukünftig gegen unten verändern, da wir mehr Fremdkapital brauchen. Der Gewinn des Jahres 2024 beruht auf dem Aktiengewinn aus dem Stromhandel und den Folgen der Gentrifizierung. Eine wachsende Anzahl Leute kann immer mehr an die Staatskasse liefern, sei es, weil sie mehr verdienen oder mehr besitzen. Das Nachsehen haben die Kleinverdienenden, die aus der Stadt katapultiert werden. Diese Situation heissen wir nicht gut. Darum setzte sich die AL im Rechnungsjahr für eine einmalige Verteilung der Gewinne des Elektrizitätswerks (ewz) als Bonus an die Zürcher Bevölkerung ein. Das sah der Stadtrat anders. Ebenfalls kämpften wir gegen die unliebsame Beteiligung an der Flughafen Zürich AG und für kostengünstigen, subventionierten Wohnraum. Wir sehen weiterhin Luft nach oben für radikal soziale und ökologische Vorhaben. Heute stimmen wir dem Ergebnis der Rechnung 2024 zu, zumal der Aufgabenplan zielgemäss erfüllt ist und die Budgetanträge mehrheitlich umgesetzt wurden. Das Jahresergebnis verpflichtet – jedoch nicht dazu, den Steuerfuss zu senken, die Stadt zu vergolden oder Geld in obere Einkommensklassen zu verteilen. Das Ergebnis verpflichtet, Menschen aus unteren Einkommensklassen mit Verbesserungen im Alltag zu entlasten und zu ver-*



hindern, dass es in Zürich keinen Platz für Kleinverdienende mehr gibt und die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen vergessen werden. Dass es ein Konkurrenzverhalten zwischen Staat und Privatwirtschaft gäbe, ist absurd. Die Stadt hat den Auftrag, Dienstleistungen für die Bevölkerung zu erbringen. Wenn die Privatwirtschaft bessere Löhne zahlen würde, wären die Forderungen der Stadt nicht nötig. Die Stadt heizt den Wohnungsmarkt nicht auf. Wohnraum, den Zürich erwirbt, wird dem Markt entzogen.

Felix Moser (Grüne): *Der Ertragsüberschuss ist sehr hoch, basiert aber zum grössten Teil auf den Sondereffekten der Versorgertaxe und der Flughafenaktie. Darum ist das Geld nicht aus der Tasche des Steuerzahlers gezogen. Die finanzielle Lage der Stadt ist gut und bietet Chancen, doch sie steht auch vor Herausforderungen. Die Investitionen sind hoch. Hier sind uns zwei Schwerpunkte wichtig: Die Investitionen in den Wohnbau und in Klimaschutzmassnahmen, Fernwärme und weitere. Der Umbau zur fossilfreien Energieversorgung ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern wurde vom Stimmvolk gesetzlich verankert. Dasselbe gilt für die Wohnungen mit dem Drittelsziel. Mit den wenigen Liegenschaften, die die Stadt kauft, greift sie nicht stark in den Markt ein. Trotz positivem Ergebnis nimmt die Verschuldung der Stadt weiter zu. Dass die Stadt über eine Milliarde Franken zusätzlich aufnehmen musste, ist besorgniserregend – besonders, wenn zugleich Steuersenkungen gefordert werden. Wir müssen darauf achten, dass die Verschuldung nicht noch weiter zunimmt und gut planen, wie man weiterhin investieren kann. Statt Steuersenkungen, die besonders Besserverdienenden zugutekommen, braucht es gezielte Entlastungen für diejenigen, die es nötig haben. Auch wenn die Rechnung positiv ausfällt, ist es in Realität so, dass alles teurer wird. Die Stadt soll ein Ort für alle bleiben, darum braucht es gezielte Massnahmen. Die Grünen stehen weiterhin für eine Finanzpolitik, die nachhaltig, sozial gerecht und ökologisch ist.*

Sven Sobernheim (GLP): *Florian Utz (SP) meinte, dass es in dieser Rechnung Beispiele für negative Einmaleffekte gäbe. Ich möchte ein einziges dieser Beispiele hören, denn in der Kommissionsberatung kamen die nicht zur Sprache. Felix Moser (Grüne) meinte, dass man Wohnungen kaufen müsse, um das Drittelsziel zu erreichen. Die Gemeindeordnung hält nur fest, dass wir es erreichen müssen, aber nicht wie. Dem Stadtrat ist überlassen, welche Massnahmen er ergreift. Sich nur auf einen Ansatz abzustützen und Bauen zu verunmöglichen, ist keine ganzheitliche Lösung. Um die Wohnungsnot zu lindern, braucht es zusätzliche Aufstockung, Verdichtung, Vergünstigung und so weiter. Was heute noch nicht erwähnt wurde: Wenn Menschen Leistungen der Stadt beziehen, sollen sie sie dafür entschädigen. Es braucht keinen Kostendeckungsgrad von 100 Prozent, doch wenn bei den Gesundheitszentren für das Alter nur noch 50–60 Prozent als ausreichend erachtet werden, ist man auf dem falschen Weg. Wenn man alles mit den 500 Millionen Franken Überschuss begründet, reicht dieser Gewinn bei Weitem nicht. Die Gesamtkosten der ÖV- und Prämienverbilligung, des Immobilienkaufs usw. liegen weitaus höher. Ich bin mir nicht sicher, ob die Bevölkerung all die Geschenke machen will, die Sie hier verteilen. Die Rechnung zeigt auch, dass wir uns eine Steuersenkung hätten leisten können. Es ist nicht nur gut, dass wir investieren, sondern elementar. Hier sollten wir darauf achten, dass wir bei einigen die parlamentarische Oberauf-*



sicht behalten und nicht alles dem Stadtrat delegieren. Die Rechnung ist, was eine Ratsmehrheit bestellt hat, doch die Schönfärberei von gewissen Seiten finde ich befremdlich.

Përparim Avdili (FDP): Die Aufgabe eines Staats ist es, den besten Rahmen zu schaffen, damit die Wirtschaft prosperiert und sich die ansässigen Menschen maximal in Freiheit entfalten können. Es ist keine Meisterleistung, dass wir diese Rechnungszahlen im geschützten Rahmen des Staatswesens produzieren. Es ist nicht die Idee, diesen Gewinn auszugeben, sondern den Steuerzahler und die zu entlasten, die tagtäglich den Wohlstand schaffen, den wir so geniessen. Mit den Staatsmassnahmen ist es nicht so, dass dem Kleinverdiener geholfen wird. Zürcher Geschäfte müssen all die Mehrkosten, die durch den erhöhten Staatsaufwand entstehen, in ihren Rechnungsbüchern budgetieren, sonst würde das Unternehmen nicht laufen. Diese Mehrkosten bezahlen die Konsumenten. Wir erhielten vom Stimmvolk den Auftrag, verantwortungsbewusst und treuhänderisch mit dem Steuergeld umzugehen. Das wird meines Erachtens nicht gemacht.

Dr. Florian Blättler (SP): In den letzten 10 Jahren zahlten Unternehmen in der Stadt Zürich absolut einen Viertel weniger Steuern im Vergleich zu natürlichen Steuerzahlenden. Es ist das Ergebnis rechter Steuerpolitik, dass sich Unternehmen mit Rekordgewinnen immer weniger an den öffentlichen Aufgaben beteiligen. Zum Leistungsentgelt der ZVV an die VBZ, das 600 Millionen Franken beträgt: Das Prinzip ist, dass alle Einnahmen im öffentlichen Regionalverkehr an die ZVV gehen, die wiederum die VBZ für ihre Aufwände entschädigt. Das Leistungsentgelt fiel um 15 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Hinzu kamen ungeplante Abschreibungen in derselben Höhe. Somit zahlt der Kanton 30 Millionen Franken weniger als budgetiert. Geringe Abweichungen sind nachvollziehbar, aber dass der ZVV sich weigert, genug Chauffeur*innen zu bezahlen, damit alle Busse und Trams fahren können, ist eine Schweinerei. Die Konsequenzen sind Fahrplanausdünnungen und die Einstellung gewisser Linien. Das Finanzierungssystem des öffentlichen Nahverkehrs funktioniert nicht. Die VBZ sollen reine Dienstleister für den ZVV sein und letzterer die Aufwände entschädigen. Der ZVV ist aber nicht bereit, die Aufwände vollumfänglich zu entschädigen. Die Stadt zahlt mehr an den ZVV als alle anderen Gemeinden des Kantons zusammen. Die VBZ gehören zu den Verkehrsbetrieben mit den höchsten Kostendeckungsgraden im Kanton, wenn sie nicht gar den höchsten hat. Das System ist so aufgebaut, dass Stadtzürcher den ÖV des gesamten Kantons finanzieren. Dass Pendler*innen den ÖV nutzen können, um autofrei in die Stadt zu gelangen, stört mich nicht, doch ich stosse mich daran, wenn wir als Hauptzahler*innen die Aufwände unserer eigenen Verkehrsbetriebe nicht entschädigt bekommen. Das System mit dem ZVV ist dysfunktional und muss grundlegend reformiert werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das Ergebnis unserer Rechnung 2024 ist gut und reiht sich in die Serie positiver Rechnungsabschlüsse der letzten 10 Jahre. Das ist grundsätzlich eine gute Sache und Ausdruck eines dynamischen Staatswesens in einer dynamischen Stadt. Davon profitieren aber nicht alle und darum muss die Stadt Unterstützungsleistungen erbringen. Dass die Stadt daneben ein super Angebot hat, zeigt ihre Attraktivität.



Das Ergebnis darf nicht überbewertet werden. In einem Jahr ohne Versorgertaxe oder Flughafenaktie fiel das Ergebnis relativ normal aus. Grundsätzlich bin ich Optimist, doch in der Vorbereitung des kommenden Budgets bin ich unsicher, ob die nächsten Abschlüsse positiv ausfallen werden. Der Präsident der RPK meinte, dass der Gewinn 585 Millionen Franken betrage, doch eigentlich sind es 517 Millionen Franken. Ebenfalls widersprechen muss ich ihm bei der Aussage, dass die Stadt nicht verpflichtet sei, Wohnungen zu erwerben. Mit dem Gegenvorschlag zur SP-Initiative ist die Verpflichtung in der Ziffer 18a enthalten. Es erstaunt mich, wie einseitig der Blick auf das Ergebnis ist und dass nur die Erfolgsrechnung betrachtet wird. Es entstand der Eindruck, dass die Gewinnbeträge frei verfügbare Mittel seien. Die Verschuldung wird vergleichsweise wenig betrachtet. Eine Steuersenkung durchzuführen, ohne sich zu überlegen, was es für die Verschuldung bedeutet, ist schwierig. Beim Eigenfinanzierungsgrad von 124 Prozent muss man sich bewusst sein, dass die kantonale Definition nur das Verwaltungsvermögen betrifft. Das Finanzvermögen müssen wir ebenfalls betrachten und dort investieren wir gerade mehr, daher sieht die Eigenfinanzierung dort ganz anders aus. Der grosse Cashflow, die hohen Steuereinnahmen, fließende Gebühren und Beiträge von Dritten sind zusammen zwar viel – trotzdem reichen sie seit zwei Jahren nicht, um die Institutionen und Refinanzierung der bisherigen Schulden abzudecken. Tatsächlich haben wir in den letzten zwei Jahren je eine Milliarde Franken mehr zugenommen. Diese Entwicklung ist eine Herausforderung, auf die wir verstärkt achten werden. Das muss das ganze Parlament angehen. Wir können trotz des positiven Abschlusses nicht noch mehr kaufen und alles billiger machen. Das liegt angesichts der finanziellen Lage nicht drin.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit:	Referat: Përparim Avdili (FDP); Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Jahresrechnung 2024 der Stadt Zürich wird genehmigt.



8 / 8

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 2. Juli 2025 gemäss Art. 37
der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat